

WACHSTUM UND ARBEITSMARKT

DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT SCHAFFT JOBS UND SICHERT DEN WOHLSTAND



Die Zuwanderung reagiert sehr ausgeprägt auf die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften. Die Wirtschaft schöpft ihr Wachstumspotenzial besser aus, wenn sie gut ausgebildete Fachkräfte europa- und weltweit rekrutiert. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt: Die Schweiz ist dank ihrer Wettbewerbsfähigkeit für wirtschaftliche Krisen besser gewappnet als andere Länder. Ein zentraler Bestandteil dieser Wettbewerbsfähigkeit ist das Freizügigkeitsabkommen mit der EU.

STABILES WACHSTUM Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz schneller als jenes der EU. Zuvor war es über lange Zeit umgekehrt. → Seite 2

DURCHSCHNITTSLOHN STEIGT Mit Ausnahme einzelner Regionen, in denen Grenzgänger eine zunehmende Rolle spielen, sind die Löhne in der Schweiz durch die Personenfreizügigkeit nicht unter Druck geraten. → Seite 3

TIEFE ARBEITSLOSENQUOTE Auch in den schwierigen Jahren 2008 und 2009 kam es nicht zu einem massiven Stellenabbau. Im Vergleich mit anderen Staaten steht die Schweiz punkto Arbeitslosigkeit gut da. → Seite 4

KEINE VERDRÄNGUNG DER EINHEIMISCHEN Die Arbeitslosigkeit unter Schweizerinnen und Schweizern ist deutlich tiefer als jene unter den Zugewanderten. Die Personenfreizügigkeit ändert nichts daran. → Seite 5

STABILES WACHSTUM DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT SCHAFFT ARBEITSPLÄTZE

In den 1990er-Jahren war das Wirtschaftswachstum in der Schweiz gering. In den letzten zehn Jahren hielt unser Land im internationalen Vergleich deutlich besser mit und überflügelt seit 2004 das Wirtschaftswachstum im Euroraum. Ein wichtiger Faktor für diese überdurchschnittliche Entwicklung ist die Personenfreizügigkeit. Dies hat mehrere Gründe:

- In der Schweiz herrscht eine ausgeprägte Knappheit an Fachleuten. Diese müssen deshalb im Ausland rekrutiert werden können. Das hohe Qualifikationsniveau der Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum bestätigt, dass dies möglich ist.
- Die Zuwanderung richtet sich nach der Nachfrage der Unternehmen und reagiert auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Während eines Konjunkturaufschwungs wie zwischen 2005 und 2008 nimmt die Nettozuwanderung stark zu. Im Rezessionsjahr 2009 hingegen verkleinerte sich der Wanderungssaldo gegenüber dem Vorjahr um einen Viertel.
- Die Einwanderung wirkte während der jüngsten Krise als Stabilisator. Sie hat einerseits den inländischen Konsum angekurbelt und andererseits über die zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum die Bauinvestitionen stabilisiert.
- Die Personenfreizügigkeit hat der Personalknappheit entgegengewirkt. Somit konnte die Schweizer Wirtschaft das vorhandene Wachstumspotenzial besser ausschöpfen. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fiel in den zehn Jahren nach Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit 1,8 Prozent merklich höher aus als in den elf Jahren zuvor mit 1,2 Prozent.

Reales BIP-Wachstum in Prozent



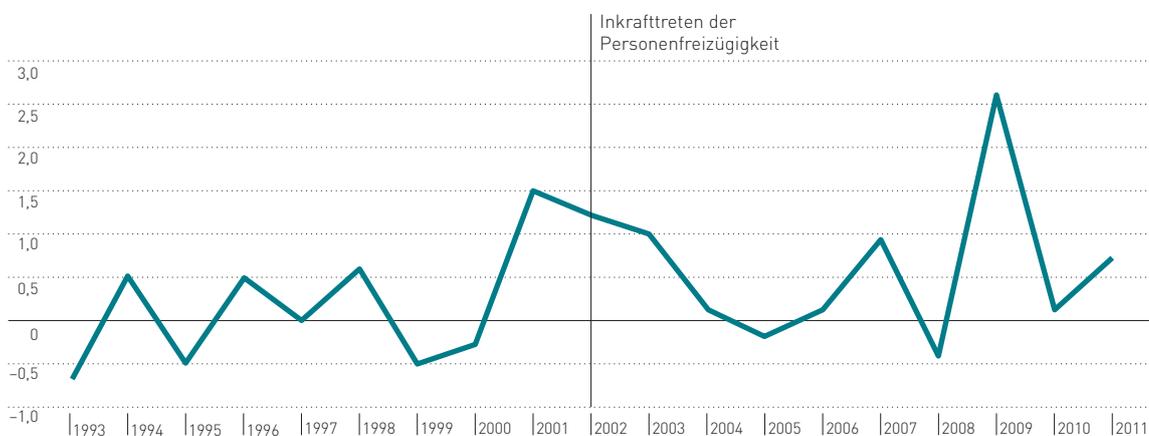
Quelle: OECD.

DURCHSCHNITTSLOHN STEIGT DIE ZUWANDERUNG SPIEGELT DIE BEDÜRFNISSE DES ARBEITSMARKTS

Das Wachstum der Reallöhne (tatsächliche Kaufkraft der Lohnempfänger) in der Schweiz fiel in den zehn Jahren nach Einführung der Personenfreizügigkeit (2002 bis 2011) mit durchschnittlich 0,6 Prozent höher aus als im Jahrzehnt davor (0,2 Prozent pro Jahr).

Entwicklung der Reallöhne

in Prozent



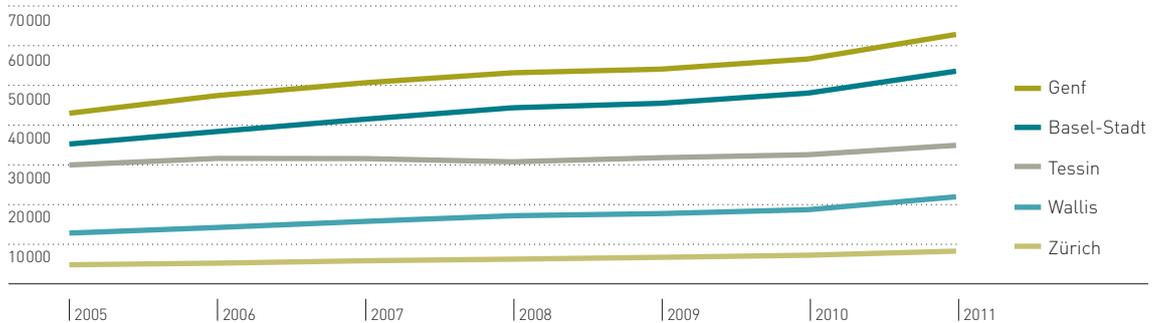
Quelle: BFS (2012), Schweizerischer Lohnindex (SLI).

Die gestiegenen Löhne kamen nicht etwa nur einer kleinen Elite zugute: Bei tiefer qualifizierten Arbeitnehmern wurde von 2002 bis 2011 in mehreren Branchen sogar ein überdurchschnittliches Lohnwachstum verzeichnet. Und insgesamt hat die Personenfreizügigkeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes gestärkt. Dies ist einer der Gründe für die äusserst tiefe Arbeitslosigkeit (siehe Seite 4).

GRENZGÄNGER: KONTROLLEN WERDEN AUSGEBAUT

Ausnahmen von dieser grundsätzlich positiven Entwicklung bilden einzelne Regionen mit hohen Anteilen von Grenzgängern. Hier gibt es Anzeichen für lohndämpfende Wirkungen in einzelnen Branchen. Vor allem unter Grenzgängern in der Genferseeregion, im Tessin und im Jurabogen hat gemäss Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) die Beschäftigung von Hilfsarbeitskräften spürbar zugenommen. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen wird deshalb die Kontrolle der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zukünftig verstärkt.

Entwicklung der Anzahl Grenzgänger in ausgewählten Kantonen 2005 bis 2011



Quelle: BFS, Grenzgängerstatistik.

 Weitere Informationen zu den flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt (FlaM) finden Sie im Faktenblatt 6 «Flankierende Massnahmen».

TIEFE ARBEITSLOSENQUOTE VOLLBESCHÄFTIGUNG AUCH DANK DER ZUWANDERUNG

In verschiedenen Branchen haben die Unternehmen immer mehr Mühe, qualifizierte Mitarbeitende mit Hochschulabschluss und Facharbeitskräfte in der Schweiz zu finden. Dies gilt ganz besonders für die MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Beispielsweise fehlen in der Schweiz derzeit 16 000 Ingenieure. Deshalb muss einerseits die Attraktivität der Aus- und Weiterbildung für diese Berufsfelder in der Schweiz gesteigert werden. Andererseits können die betroffenen Unternehmen ihren heutigen Bedarf aber nur decken, indem sie gut qualifizierte Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren.

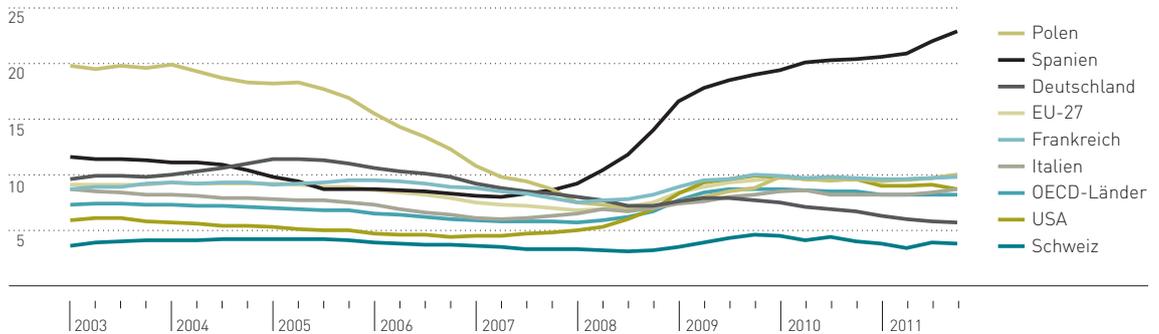
WETTBEWERBSFÄHIGER ARBEITSMARKT

Die Zuwanderung orientiert sich am Arbeitsangebot in der Schweiz. Deshalb führt sie auch nicht zu einem generellen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Die Schweiz hat europaweit eine der tiefsten Arbeitslosenquoten. Sie liegt nicht einmal halb so hoch wie im EU-Durchschnitt. Die befürchtete Verdrängung von Schweizerinnen und Schweizern aus der Erwerbstätigkeit durch Zuwanderer ist ausgeblieben, während die so wichtige Wettbewerbsfähigkeit unseres Arbeitsmarkts gesteigert werden konnte. Die dank der Personenfreizügigkeit grössere Auswahl an Arbeitskräften kann zwar dazu führen, dass die Vermittlung von Stellensuchenden, beispielsweise in Regionen mit hohen Grenzgängeranteilen, mehr Zeit braucht. Dies ist für den Arbeitsmarkt jedoch kein tief greifendes Problem: Langfristig kann er dank der Personenfreizügigkeit wachsen, was die Chancen auf eine Anstellung auch für die Stellensuchenden in der Schweiz erhöht.

2011 verzeichnete die Schweiz eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 2,8 Prozent. Und trotz schwierigem wirtschaftlichem Umfeld wird für das laufende Jahr nur eine leicht höhere Quote erwartet. Die Sorge, dass die Schweiz vor allem Zuwanderer aus Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wie beispielsweise Spanien anzieht, ist unberechtigt. Unser Arbeitsmarkt ist vor allem attraktiv für gut ausgebildete Fachkräfte, insbesondere aus Deutschland.

Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

quartalsweise, 2003 bis 2011, in Prozent



Quelle: OECD.

Gemessen am scharfen Einbruch der Wirtschaftsentwicklung fiel der Beschäftigungsabbau in der Schweiz selbst in den schwierigen Jahren 2008 und 2009 relativ verhalten aus. Ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit war nicht festzustellen. Geholfen hat erstens der starke Einsatz von Kurzarbeit. Zweitens blieb die Binnenwirtschaft robust. Stützend wirkte die anhaltende Zuwanderung: Das dadurch verursachte Bevölkerungswachstum hat sowohl die Konsumausgaben wie auch die Bauinvestitionen im Inland gestärkt.

KEINE VERDRÄNGUNG DER EINHEIMISCHEN AUSREICHEND JOBS FÜR SCHWEIZER ARBEITNEHMER

In den letzten sieben Jahren verzeichneten EU-27/EFTA-Staatsangehörige vor allem in jenen Berufsgruppen einen Beschäftigungszuwachs, in denen auch Schweizerinnen und Schweizer und andere Ausländer die Erwerbstätigkeit deutlich ausbauten.

In der Schweiz liegt die Arbeitslosenquote von Ausländern zwar seit jeher höher als diejenige von Schweizern. Die Unterschiede haben sich seit den 1990er-Jahren aber etwas verkleinert. Im Durchschnitt von 2002 bis 2009 wiesen schlecht qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten mit acht Prozent die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote auf, gefolgt von EU/EFTA-Staatsangehörigen mit 3,7 Prozent und Schweizerinnen und Schweizern mit 2,3 Prozent. Es ist deutlich, dass die schon länger in der Schweiz ansässige, schlechter qualifizierte ausländische Bevölkerung mehr Schwierigkeiten hat, sich im Arbeitsmarkt zu behaupten. Das Phänomen ist nicht neu und wird nicht durch die Personenfreizügigkeit mit der EU verursacht. Vielmehr handelt es sich um Probleme, die früheren Einwanderungswellen geschuldet sind.

 Detaillierte Daten zu den Folgen der Zuwanderung für die Sozialversicherungen finden Sie im Faktenblatt 7 «Auswirkungen auf die Sozialwerke».

Die neue Zuwanderung erfolgt in den Arbeitsmarkt,
nicht in die Sozialsysteme.

VERDRÄNGUNG AUF DEM ARBEITSMARKT ZWISCHEN AUSLÄNDISCHEN ARBEITSKRÄFTEN

Von einer Verdrängung der Schweizer Bevölkerung durch die Zuwanderung kann nicht die Rede sein. Im Zeitraum zwischen 2003 und 2009 ist die Anzahl der Beschäftigten um rund 317 000 gestiegen, wovon etwa 158 000 Schweizer Staatsbürger sind und 130 000 aus dem EU-15/EFTA-Raum stammen. Eine Verdrängung findet nicht zwischen Schweizern und Ausländern statt, sondern eher zwischen den verschiedenen Ausländergruppen. Es ist nicht auszuschliessen, dass niedrig qualifizierte Drittstaatenangehörige teilweise durch besser ausgebildete Fachkräfte aus dem EU-Raum ersetzt wurden.

INTERNATIONALER WETTBEWERB UM TALENTE

Die Schweiz wird aufgrund der tiefen Geburtenrate und der begrenzten Bevölkerungszahl auch in Zukunft verstärkt auf den Zuzug hoch qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen sein. Sie sind wichtig für Innovationen und Wachstum. Diese hoch qualifizierten Arbeitskräfte sind aber sehr mobil und international gesucht. Der globale Wettbewerb um solche Talente wird sich in Zukunft noch weiter verschärfen. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, attraktive Rahmenbedingungen für Mitarbeitende zu schaffen.

ISOLATION DER SCHWEIZ VERHINDERN

Verschiedene gegen die Zuwanderung gerichtete Volksinitiativen gefährden derzeit die Fortführung der Personenfreizügigkeit und damit auch die übrigen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Eine Nachverhandlung der Grundsätze des Freizügigkeitsabkommens ist illusorisch. Die EU-Institutionen dürften nicht bereit sein, neue Einschränkungen mit Kontingenten zu akzeptieren. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit durch die Schweiz hätte aufgrund der Guillotine-Klausel eine Auflösung der Bilateralen I (technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Land- und Luftverkehr, Landwirtschaft, Forschung) zur Folge. Die dadurch verursachte Isolation gegenüber unserem wichtigsten Wirtschaftspartner hätte für die Schweiz gravierende Folgen.

- Schweizer Unternehmen könnten ihren Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften nicht mehr wunschgemäss decken, Wachstumschancen bleiben ungenützt.
- Ein nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsmarkt verteuert die Lohnkosten in den betroffenen Branchen deutlich. Dies schmälert die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, führt aber auch zu neuen Ungleichheiten und sozialer Unzufriedenheit.
- Können Unternehmen nicht die besten Spezialisten für Forschung und Entwicklung engagieren, verlieren sie an Innovationskraft. Die entsprechenden Einrichtungen wandern ins Ausland ab.

 Weitere Informationen zur Einbettung des Personenfreizügigkeitsabkommens finden Sie im Faktenblatt 2 «Rechtliche Situation der Personenfreizügigkeit».

ZUM THEMA ZUWANDERUNG SIND FOLGENDE FAKTENBLÄTTER ERHÄLTlich:

1. Einwanderungsland Schweiz
2. Rechtliche Situation der Personenfreizügigkeit
3. Veränderung der Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit
4. Drittstaatenkontingente
5. Wachstum und Arbeitsmarkt
6. Flankierende Massnahmen
7. Auswirkungen auf die Sozialwerke
8. Integration, Kriminalität und Asylpolitik
9. Raumplanung, Wohnungsmarkt
10. Verkehr, Umwelt, Energie
11. Steuerliche Anreize
12. Die Situation in anderen europäischen Ländern
13. Kommende Abstimmungen über die Zuwanderung